



Sprachpolitische Forderungen 2019-2022 Stand der Dinge

Hintergrund

Die Delegiertenversammlung des Bundes Deutscher Nordschleswiger verabschiedete im Mai 2010 eine *Sprachpolitische Zielsetzung*. Am 16. Februar 2015 beschloss der BDN Hauptvorstand einstimmig die *Sprachpolitische Forderungen der deutschen Minderheit, Strategie 2015 – 2020*. Diese wurde im September 2019 - ebenfalls durch den Hauptvorstand - aktualisiert unter dem Titel *Sprachpolitische Forderungen der deutschen Minderheit 2019 – 2022*.

Die Strategie enthielt 7 Forderungen jeweils mit *Beschreibung* der Forderung, einem Abschnitt *Stand der Dinge* sowie einer Empfehlung für die *Vorgehensweise*. Im Folgenden wird der Stand der Dinge die einzelnen Forderungen betreffend aufgelistet.

Stand der Dinge März 2022

Nicht umgesetzt: Benennung von deutschsprachigen Ansprechpartnern in den Kommunen

Für viele Zuzügler aus Deutschland sind die dänischen Regeln, beispielsweise im Bereich Steuer- und Sozialgesetzgebung schwer verständlich. Dass vieles über das Internet (auf Dänisch) läuft, ist ebenfalls nicht hilfreich.

Es ist deshalb wichtig, dass jede der vier Kommunen deutschsprachige Ansprechpartner benennt, die als Anlaufstelle bei Fragen und Problemen genutzt werden können. Es sollen keine Experten sein, sondern Generalisten, die sagen können, wer wo helfen kann. Diese Mitarbeiter gibt es in allen Kommunen. Sie sind oftmals in der Abteilung für Bürgerservice beschäftigt. Informationen über die Ansprechpartner sollten unter anderem auf der Homepage der Kommune veröffentlicht werden.

Stand der Dinge: Unverständlicherweise ist die Forderung bisher nur von der Kommune Apenrade erfüllt worden. Für die Erfüllung würde die Bereitstellung einer Telefonnummer ausreichen.

Nicht umgesetzt: Erstellen einer Sprachstrategie für kommunale Pflegeheime

Dänemark hat sich in der Sprachencharta (Artikel 13, 2 c) verpflichtet sicherzustellen, dass soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser, Altersheime und Pflegeheime die Möglichkeit bieten, Sprecher einer Regional- oder Minderheitensprache, die aufgrund von Krankheit, Alter oder aus anderen Gründen der Betreuung bedürfen, in deren eigener Sprache aufzunehmen und zu behandeln.

Bei älteren und/oder kranken Menschen kann es geschehen, dass sie in die Sprache ihrer Kindheit zurückfallen, weshalb es wichtig ist, dass Pflegeheime im Stande sind, ihre Bewohner ggf. auf Deutsch zu bedienen.

Gefordert wird allein eine schriftliche Garantie seitens der Kommunen, dass deutschsprachiges Personal gefunden wird, falls der Bedarf entstehen sollte.

Stand der Dinge: Die Forderung konnte bisher trotz intensiven Dialogs mit den Kommunen, hierunter mehrere Gespräche mit den Bürgermeistern nicht umgesetzt werden.

Teilweise umgesetzt: Finanzielle Unterstützung für Informationseinsatz

Der Punkt betrifft die von der Regierung übernommene Verpflichtung der Sprachcharta, der deutschen Minderheit einen Radio- und Fernsehsender zur Verfügung zu stellen sowie die Verpflichtung über die deutsche Minderheit zu informieren.

Statt eines Fernseh- und Radiosenders ist die Bereitstellung von Mitteln für die Produktion von Videos und die Verbreitung von aktuellen Informationen über die deutsche Minderheit in Dänisch und Deutsch für alle die günstigste Vorgehensweise.

Gefordert wird die Bereitstellung von jährlich (ab 2022) rund 2,5 Mio. DKK via *Finansloven* für den Informationseinsatz der deutschen Minderheit.

Stand der Dinge: Ein Zuschuss in Höhe von 2,4 Mio. DKK steht für 2022 zur Verfügung. Der Hauptvorstand entschied im Februar 2022 über die Verteilung der Mittel.

Die Absicherung der Mittel im dänischen Haushaltsgesetz ab 2023 bleibt vorrangige Aufgabe.

Nicht umgesetzt: Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln

Seit 2008 stehen in Flensburg zweisprachige Ortstafeln „Flensburg/Flensborg“. Sie sind ein Hinweis darauf, dass es in Flensburg eine dänische Minderheit gibt und zeugen von Toleranz und Offenheit. Entsprechende Ortstafeln gibt es in fast überall in Europa, wo es Minderheiten gibt - nur nicht in Dänemark.

Weitere Argumente für die Schilder sind: Alleinstellungsmerkmal, Tourismusförderung und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland.

Kurzfristiges Ziel ist die Aufstellung dieser Ortstafeln für die jeweils größte Stadt der Kommune, d.h. für Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tondern. Langfristiges Ziel sind zweisprachige Ortstafeln dort, wo es deutsche Einrichtungen gibt.

Stand der Dinge: Trotz laufender Erneuerung der Forderung in vielen Gesprächen ist eine Umsetzung bisher nicht nähergekommen.

Teilweise umgesetzt: Deutsche Sprache & digitale Lösungen

Dänemark gehört zu den führenden Ländern, wenn es um digitale Lösungen für die Kommunikation zwischen öffentlicher Verwaltung und Bürger geht. Das ist ein sinnvoller Weg zur Effektivierung. Allerdings werden diese Lösungen oft nur in Dänisch und evtl. Englisch angeboten. Beispiele hierfür sind: *borger.dk* (Portal für den öffentlichen Sektor) sowie *rejsekortet* (Zahlkarte für ÖPNV), *MobilePay* (Bezahlung via Mobiltelefon und *NemID/MitID* (digitale Signatur).

Die Coronapandemie zeigte ebenfalls, dass die deutsche Sprache oft stiefmütterlich behandelt wurde, wenn es um Informationen und Formulare ging. Positive Beispiele waren die Erstellung von deutschsprachigen Formularen durch die Polizei sowie deutschsprachige Hygienehinweise für Eltern auf Initiative des Sekretariats der deutschen Minderheit in Kopenhagen.

Die dänische Steuerbehörde (*skat.dk*) ist dahingegen ein positives Beispiel für sinnvollen Einsatz der deutschen Sprache. Dort wird kontinuierlich mit Verbesserungen gearbeitet.

Gefordert wird, dass der dänische Staat zentrale, digitale Lösungen für die Kommunikation mit dem Bürger auch in deutscher Sprache anbietet – unabhängig davon, ob diese vom Staat selbst oder privaten Anbietern betrieben werden.

Stand der Dinge: Die Forderung wird unterstützt durch bereits ratifizierte Verpflichtungen Dänemarks in der Sprachencharta sowie vom BDN gewünschte Nachmeldungen bei der Sprachencharta. Die Erfahrung zeigt, dass übernommene Verpflichtungen nicht automatisch auch durchgeführt werden. Dies muss oft stückweise durch Forderungen der deutschen Minderheit umgesetzt werden. Durch die technologische Entwicklung entstehen darüber hinaus laufend neue Bereiche, wo deutschsprachige Lösungen nötig sind.

Umgesetzt: „Frivillighedscenter“ – Unterstützung des Sozialdienstes

Der Sozialdienst Nordschleswig hat von 2012 jährlich einen Zuschuss für die soziale Arbeit als sogenanntes „Frivillighedscenter“ bekommen. Für und ab 2018 wurde der Zuschuss überraschend gestrichen. In der Begründung für die fehlende Anerkennung als „Frivillighedscenter“ wird unter anderem darauf hingewiesen, dass die Beratung des Sozialdienstes sich allein an die deutsche Minderheit richtet und dies auf Deutsch geschieht. Gefordert wurde, dass der dänische Staat Mittel für die Unterstützung der sozialen Arbeit in Höhe von jährlich 350.000 DKK zur Verfügung stellen.

Stand der Dinge: Ab dem Jahr 2020 erhält der Sozialdienst jährlich rund 350.000 DKK für seine Arbeit. Der Zuschuss ist im Haushaltsgesetz abgesichert.

Harro Hallmann, 22. März 2022